

sonderen Wert darauf, daß die Leiter vor den Werktätigen auch die politische Begründung für eine zu lösende ökonomische Aufgabe geben und darlegen, welche Zusammenhänge und Verflechtungen gesamtwirtschaftlichen Charakters dabei zu beachten sind.

Die Probleme, die in den Rechenschaftslegungen mit den Werktätigen behandelt werden sollten, werden in der Parteileitung, in den APO und Parteigruppen besprochen. Parteisekretär, Kombinatdirektor, BGL-Vorsitzender und FDJ-Sekretär beraten sich außerdem, wie und wo das am besten geschehen soll. Das ermöglicht allen Genossen, sich gut auf die Rechenschaftslegungen der Leiter vorzubereiten, damit hier die wichtigsten Probleme ausreichend und parteilich diskutiert werden können. Dieses Zusammenwirken setzt sich über die Direktorate und Fertigungsbereiche bis in die einzelnen Meisterbereiche und Abteilungen fort. Das hat sich in unserem Betrieb in den vergangenen Jahren gut bewährt und hat viel dazu beigetragen, die Information und Kontrolle von „oben nach unten“ und umgekehrt zu qualifizieren. Das hilft auch, die besten Erfahrungen der Werktätigen schnell zu verallgemeinern und ihre Vorschläge und Kritiken zu beachten und auszuwerten. Neue Probleme werden rechtzeitig erkannt und Entscheidungen können gewissenhaft getroffen werden. Das Ergebnis ist eine qualifiziertere Leitungstätigkeit.

Rechenschaftslegungen verbessern die Leitungstätigkeit

Großen Wert legt die Parteileitung darauf, daß bei den Rechenschaftslegungen auch die Probleme der weiteren Verbesserung der Führungs- und Leitungstätigkeit mit behandelt

werden. Dabei geht es ihr besonders um folgende Fragen: Wie kann die Führung des sozialistischen Wettbewerbs durch die Gewerkschaft und die staatlichen Leiter weiter verbessert werden? Was hemmt und was fördert die Masseninitiative der Werktätigen zur termingemäßen Erfüllung der Planaufgaben? Wie kann der Kampf zur Verbesserung der Qualität verstärkt werden? Wie werden die geplanten Rationalisierungsaufgaben und die technisch-organisatorischen Maßnahmen zur Senkung der Fertigungszeit und Steigerung der Arbeitsproduktivität termingemäß mit den Werktätigen realisiert? Ein wichtiges Problem, das bei den Rechenschaftslegungen immer auf der Tagesordnung steht, sind dabei die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen, wie sie sich aus der konkreten Situation ergeben oder in der nächsten Zeit durch Rationalisierungs- und andere Maßnahmen verändert werden.

Rechenschaftslegungen — Quelle positiver Veränderungen

Wichtig ist, daß von den Leitern die Rechenschaftslegungen auch dazu benutzt werden, die Neuererbewegung zu unterstützen. Die Neuerer wollen wissen, mit welchem Erfolg ihre Vorschläge angewandt werden bzw. warum dieser oder jener Neuerervorschlag nicht genutzt wird. Ein weiteres Problem, das bei den Rechenschaftslegungen nicht übergangen werden darf, ist, den Werktätigen die Notwendigkeit ihrer weiteren Qualifizierung darzulegen.

Die Rechenschaftslegungen haben sich in unserem Betrieb bereits mehrfach als Ausgangspunkt positiver Veränderungen bewährt. Im Jahre 1970 war zum Beispiel die Beteiligung der Jugend am Neuererwesen unbefriedigend.

Fortsetzung auf Seite 698

— Für Ende August/Anfang September 1961 wurden zwei große Manöver der westdeutschen Bundeswehr an den Grenzen der DDR angekündigt. Am 9. August 1961 inspizierte der ehemalige faschistische General und damalige Oberbefehlshaber der NATO-Landstreitkräfte in Mitteleuropa, Spidel, seine an der Grenze zur DDR bereitstehenden westdeutschen Divisionen.

— In der Zeit vom Januar 1960 bis Juni 1961 wurden von den

Sicherheitsorganen der DDR über 4000 konterrevolutionäre Elemente unschädlich gemacht. Sie waren in der Hauptsache aus Westberlin eingeschleust worden und sollten „von innen her“ den „Anlaß“ zum Eingreifen der westdeutschen Bundeswehr schaffen. Der damalige Bundeskanzler Adenauer erklärte in vielen Stellungnahmen, daß die westdeutsche Regierung niemals die Existenz der DDR anerkennen werde. Er behauptete, die westdeutsche Regierung sei die einzig

rechtmäßige Regierung für ganz Deutschland, und forderte zur Beseitigung der Regierung der DDR auf.

— Am 1. August 1961 erklärte der westdeutsche Kriegsminister F. J. Strauß in New York, „... daß der Westen auf eine Art Bürgerkrieg vorbereitet sein müsse“, und betonte die Rolle Westberlins als Zünder für den geplanten Konflikt. Er verlangte, „die Berliner Krise bis zur letzten Konsequenz zuzuspitzen“.